
WZBrief Bildung

18 | Oktober 2011

Gebühren mindern Studierneigung nicht

WZB-Forscher untersuchen Effekt von
Studiengebühren

Marcel Helbig und Tina Baier

Die Studierneigung ist durch die Gebühren nicht zurückgegangen, auch nicht bei Studienberechtigten aus nichtakademischem Elternhaus, wie Analysen zeigen.

Es gibt Hinweise darauf, dass Studienberechtigte die höheren Kosten mit einer größeren Wertschätzung eines Studiums für den späteren beruflichen Werdegang „verrechnen“.

Gebühren mindern Studierneigung nicht

WZB-Forscher untersuchen Effekt von
Studiengebühren

Marcel Helbig und Tina Baier

Die Einführung von Studiengebühren in Deutschland

30 Jahre war das Studium in Deutschland gebührenfrei. Am 26. Januar 2005 kippte das Bundesverfassungsgericht das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz. Zur Begründung hieß es, das Verbot greife in die Gesetzgebungskompetenz der Länder ein. Seitdem sind Studiengebühren Ländersache. Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland haben Studienbeiträge von bis zu 500 Euro pro Semester eingeführt.

Das Urteil des Verfassungsgerichts spaltete die öffentliche Meinung, trieb Hunderttausende Studierende und Studienberechtigte zu Demonstrationen auf die Straßen und ist auch heute noch Thema in fast jedem Landtagswahlkampf. Hessen, Hamburg und das Saarland haben die Gebühren bereits wieder abgeschafft; in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen steht die Abschaffung an, Bayern erwägt nachzuziehen.

Abgesehen von der Frage, ob das Studium in Deutschland einheitlich gebührenfrei sein sollte, kreisen die aktuellen Diskussionen vor allem um mögliche (unbeabsichtigte) Folgen eines kostenpflichtigen Studiums. Gegner von Studiengebühren befürchten, die Beiträge könnten Studienberechtigte – vor allem Frauen und Männer aus Familien ohne akademischen Hintergrund – vom Studium abhalten.

Was ist über die Auswirkungen von Studiengebühren bekannt?

Bislang wissen wir noch wenig darüber, wie sich Studiengebühren auf die individuelle Studierneigung von Studienberechtigten in Deutschland ausgewirkt haben. Auf eine abschreckende Wirkung von Studiengebühren hierzulande deuten derzeit zwei Studien hin. Allerdings geben hier Probleme mit der Untersuchungsmethode und/oder Datenlage Anlass dazu, die Ergebnisse zu prüfen.

Bei den Untersuchungen handelt es sich zum einen um die vielzitierte Studie des Hochschulinformationszentrums (HIS) (Heine et al. 2008). Die Autoren untersuchen, ob Studienberechtigte, die sich bereits gegen ein Hochschulstudium entschieden haben, in Studiengebühren einen Grund für ihre Entscheidung sehen. Dies ist problematisch, denn bereits die so gestellte Frage ermöglicht es den Befragten, ihren Studienverzicht im Nachhinein mit den Studiengebühren zu rechtfertigen. Auf dieser Datengrundlage wird eine geringere Studierneigung infolge von Studiengebühren diagnostiziert – besonders bei Gruppen, die bereits vor Einführung der Gebühren einem Studium nur wenig zugeneigt waren: Studienberechtigte aus Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund und Frauen.

Die zweite Studie untersucht, ob die Zahl der Studienfänger und anfängerinnen seit Einführung der Studiengebühren zurückgegangen ist (Hübner 2009). Hierbei handelt es sich um Analysen mit Aggregatdaten auf Basis der jährlichen Statistiken zu Erstsemestern des Statistischen Bundesamts. Auch hier zeigt sich ein leicht negati-

ver Effekt von Studiengebühren auf die Aufnahme eines Studiums. Hier ist die Datengrundlage problematisch. So wurden lediglich jene Studienberechtigten erfasst, die sich noch in dem Jahr an einer Hochschule eingeschrieben haben, in dem sie auch ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) erlangt haben. Männer sind daher wegen des seinerzeit noch geltenden Wehr- und Zivildienstes unterrepräsentiert. Zurückgegangen sein könnte auch die Zahl jener Studienanfänger und -anfängerinnen ohne wirkliche Studierabsichten, die ihr Studium vor allem wegen diverser Vergünstigungen in Verbindung mit dem Studierendenstatus aufgenommen haben. Bei einem Semesterbeitrag von 500 Euro rentierte sich dies dagegen nicht mehr. Dieser Rückgang war so erwünscht, ja sogar beabsichtigt (siehe auch Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende). Da sich ein solcher Rückgang allerdings auch in sinkenden Studienanfängerquoten niederschlägt, lässt sich daraus nicht notwendigerweise schließen, dass Studiengebühren die Studierneigung negativ beeinflusst haben. Zudem konnten bei dieser Studie wesentliche Informationen auf der Individualebene nicht berücksichtigt werden. Es gab infolge des PISA-Schocks seit 2001 mehrere bildungspolitische Reformen, die auch zu einer veränderten sozialen Zusammensetzung der Gruppe der Studienberechtigten in den Folgejahren geführt haben können – und viele Studien haben gezeigt, dass die soziale Herkunft die Studierneigung beeinflusst. Von daher muss ein Vergleich der Studierneigung vor und nach Einführung von Gebühren (oder in Bundesländern mit und solchen ohne Studiengebühren) verschiedene individuelle Merkmale in Rechnung stellen. Dies konnte die Hübner-Studie mit den Aggregatdaten allerdings nicht leisten.

Wie lässt sich der Effekt von Studiengebühren ermitteln?

Der Effekt von Studiengebühren muss in einer Längsschnitt-Perspektive untersucht werden. Eine Betrachtung nur zu einem bestimmten Zeitpunkt – also im Querschnitt – berücksichtigt erstens nicht, dass es bereits vor der Einführung von Studiengebühren Unterschiede in der Studierneigung zwischen den Bundesländern gab. Fallen diese mit der Unterscheidung in beitragspflichtige und beitragsfreie Bundesländer zusammen, werden sie fälschlich als Effekte von Studiengebühren interpretiert. Zweitens kann die bereits erwähnte mögliche Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Gruppe der Studienberechtigten in den Bundesländern nur im Zeitvergleich ermittelt werden. Drittens muss das gewählte Analyseverfahren einen allgemeinen gesamtdeutschen sowie bundeslandspezifischen Trend der Entwicklung der Studierneigung analytisch von einem Effekt der Studiengebühren trennen.

Um die Wirkung von Studiengebühren auf die Studierneigung zu untersuchen, ist ein quasi-experimentelles Analyseverfahren nötig. Damit lässt sich analysieren, wie sich ein *treatment* (in diesem Fall: Studiengebühren) in den verschiedenen Bundesländern ausgewirkt hat. Eine Analyseverfahren, die diesen Anforderungen gerecht wird, ist die sogenannte *difference-in-differences*-Schätzung (DiD) (zur Methode siehe Kasten). Diese Methode wird häufig zur Evaluation von politischen Reformen eingesetzt und zunehmend in sozialwissenschaftlichen Analysen angewandt.

Führen Studiengebühren zu einem individuellen Studienverzicht?

Für die Analysen, ob sich die Einführung von Studiengebühren negativ auf die Studierneigung ausgewirkt hat, haben wir die Daten der HIS-Studienberechtigtenbefragung 1999, 2002, 2004, 2005, 2006 und 2008 verwendet. In keiner unserer Analysen war ein signifikanter Rückgang in der Studierneigung durch Studiengebühren zu beobachten – und zwar weder bei den Studienberechtigten generell noch bei jenen aus nichtakademischen Elternhäusern.

Warum nun ist solch ein Rückgang nicht festzustellen, obwohl die Kosten für ein

Studium objektiv gestiegen sind? Ein verbreitetes Argument in der Bildungssoziologie lautet, dass die individuelle Bildungsentscheidung das Ergebnis eines rationalen Entscheidungsprozesses ist: Der oder die Einzelne wägt Kosten, Erträge und subjektive Erfolgswahrscheinlichkeiten von verschiedenen Bildungsgängen gegeneinander ab und entscheidet sich dann für die Option mit dem größten relativen Nutzen. Da sich die Kosten in den sieben Bundesländern mit Studiengebühren erhöht haben, ist der ausgebliebene negative Studiengebühreneffekt lediglich damit zu erklären, dass Erträge und/oder Erfolgswahrscheinlichkeit die gestiegenen Kosten aufwiegen.

In der Logik dieser Hypothese könnten Studierende also, wenn sie schon fürs Studium bezahlen müssen, eine höhere Qualität des Studiums – und damit sowohl höhere Erträge als auch eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit – erwarten: Zum einen könnten Studienberechtigte davon ausgehen, dass sie durch eine bessere Studienqualität ein Studium eher erfolgreich absolvieren. Zum anderen könnten sie aufgrund der höheren Qualität darauf setzen, dass sich die Signalwirkung ihres Studienabschlusses verbessert, wovon sie sich wiederum höhere Chancen am Arbeitsmarkt versprechen. Ferner könnten Studienberechtigte in Gebühren-Ländern durch die öffentliche Diskussion zu dem Schluss gekommen sein, dass weniger Studienberechtigte ein Studium beginnen. Das könnte in ihrer subjektiven Einschätzung ebenfalls die Ertragsaussichten eines Studiums erhöht haben, da sie von weniger Konkurrenten auf dem akademischen Arbeitsmarkt ausgingen.

Zwei gegenläufige Trends könnten also erklären, warum sich kein negativer Effekt in der Studierneigung beobachten lässt: Die höheren Kosten als negativer Faktor könnten durch die Aufwertung der Erträge und/oder die Erfolgswahrscheinlichkeit als positiver Faktor ausgeglichen worden sein. In der Summe zeigt sich dann kein Effekt von Studiengebühren. Diese Hypothese konnten wir mit den HIS-Daten nur für die Erträge untersuchen.¹ Für die Erträge eines Studiums wurden die Studienberechtigten jeweils gefragt, wie sie die Berufsaussichten mit einem Studium und mit einer beruflichen Ausbildung auf einer vierstufigen Skala einschätzen. Die Einschätzung für die Berufsaussichten mit Studium und Berufsausbildung wurden anschließend miteinander verglichen. Werden die Berufsaussichten mit einem Studium höher eingeschätzt als mit einer Berufsausbildung, gehen wir von höheren Ertragserwartungen eines Studiums aus (für Details siehe Baier und Helbig 2011).

Werden nun die so gemessenen Ertragserwartungen in Bundesländern mit Studiengebühren höher eingeschätzt als in Bundesländern ohne Gebühren? Die Ergebnisse dieser Analysen zeigen, dass Studienberechtigte in Bundesländern mit Studiengebühren höhere Ertragserwartungen mit einem Studium verbinden und daher die Studierneigung – trotz der höheren Kosten – nicht geringer ist als in gebührenfreien Ländern. Der positive Effekt der Studiengebühren auf die Ertragsaussichten ist dabei besonders bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten festzustellen – also für jene Gruppe, bei der ein deutlich negativer Effekt der Studiengebühren auf die Studierneigung und damit ein Rückgang der Studienaufnahme vermutet wurde.

Fazit: Befunde und Leerstellen

Wir konnten mit den zurzeit am besten geeigneten Daten der HIS-Studienberechtigtenpanels und unter Verwendung der angemessenen Methode untersuchen, ob die Studiengebühren in einigen deutschen Bundesländern zu einer geringeren Studienbereitschaft geführt haben. In den Analysen hat sich durchgängig kein negativer Effekt von Studiengebühren auf die Studierneigung gezeigt. Dies kann unter anderem dadurch erklärt werden, dass mit Einführung von Studiengebühren die subjektiv erwarteten Erträge tendenziell angestiegen sind, was sich besonders bei der

Gruppe der Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten gezeigt hat.

Aus unseren Befunden darf allerdings keinesfalls der Schluss gezogen werden, dass Studiengebühren per se keinen negativen Effekt auf die Studierneigung haben: Hier wurde nur untersucht, wie sich Studiengebühren von maximal 500 Euro pro Semester auf die Studierneigung auswirken. Aussagen darüber, wie sich die Studierneigung bei einer Gebührenerhöhung verändert, können aus den Ergebnissen nicht abgeleitet werden.

Einschränkend ist zu erwähnen, dass mit der HIS-Studienberechtigtenbefragung nicht der tatsächliche Studienantritt untersucht werden kann, sondern lediglich die Studienabsicht. Allerdings zeigen Auswertungen der Panelbefragungen aus den Vorjahren eine hohe Übereinstimmung zwischen Studienabsicht und tatsächlicher Studienaufnahme: Knapp 95 Prozent derer, die mit Erlangung der HZB eine Studienabsicht geäußert haben, begannen innerhalb von dreieinhalb Jahren danach wirklich ein Studium.

Anzumerken ist ebenfalls, dass Wanderungsbewegungen der Studienberechtigten in gebührenfreie Bundesländer nicht berücksichtigt werden konnten. Diese Abwanderung lässt sich an dieser Stelle nicht ausschließen. Zwei Studien zeigen allerdings, dass die Mobilität der Studienberechtigten bereits vor Einführung der Gebühren gering war (BMBF 2010; Dwenger et al. 2009) und durch die Studiengebühren nur marginal angestiegen ist (Dwenger et al. 2009).

Zur Methode

Difference in differences ist ein Analyseverfahren, das häufig zur Evaluation politischer Maßnahmen (Reformen) eingesetzt wird. Es handelt sich um eine quasi-experimentelle Schätzmethode, in der durch einen doppelten Vorher-nachher-Vergleich die kausale Wirkung einer Intervention untersucht werden kann. Eine solche Evaluation wird möglich, wenn die betreffende Intervention exogen (etwa durch einen Gesetzesbeschluss) und uneinheitlich eingeführt wurde. Aufbauend auf der uneinheitlichen Einführung, werden zwei Untersuchungsgruppen gebildet, eine Experimentalgruppe (in unserem Fall Bundesländer mit Studiengebühren) und eine Kontrollgruppe (hier also Bundesländer ohne Studiengebühren). In diesem Untersuchungsdesign wird dann untersucht, wie sich das *treatment* (hier: Studiengebühren) auf die interessierende Variable (hier: Studierneigung) in beiden Gruppen zu den beiden Zeitpunkten – vor und nach der Intervention – auswirkt.

Basierend auf der Annahme, dass beide Gruppen den gleichen allgemeinen Trends der Studierneigung (unabhängig von der Einführung von Gebühren) unterliegen, kann die Kontrollgruppe herangezogen werden, um das hypothetische Szenario „Was wäre passiert, wenn (keine Studiengebühren eingeführt worden wären)?“ abzubilden. Veränderungen zwischen den beiden Untersuchungszeitpunkten, die bei der Kontrollgruppe nicht zu verzeichnen sind, können dann kausal auf die Erhebung von Studiengebühren zurückgeführt werden. Durch die Differenzmethode mit ihrem doppelten Vorher-nachher-Vergleich kann so mit dem DiD-Schätzer der durchschnittliche Effekt von Studiengebühren auf die Studierneigung ermittelt werden, weil zeitunveränderliche Unterschiede (individuelle sowie bundesländerspezifische) kontrolliert werden.

Der WZBrief **Bildung** erscheint mehrmals im Jahr in unregelmäßigen Abständen. Er bietet knappe Analysen von WZB-Forscherinnen und -Forschern zu einem Thema aus dem Bereich Bildung.

Der WZBrief **Bildung** wird elektronisch versandt. Abonnieren unter: www.wzb.eu/de/presse/presseverteiler

Zu den Autoren

Tina Baier ist Forschungsassistentin der Projektgruppe bei der Präsidentin.

Marcel Helbig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe bei der Präsidentin.

Zum Weiterlesen:

Baier, Tina/Helbig, Marcel (2011): *War all die Aufregung umsonst? Über die Auswirkung der Einführung von Studiengebühren auf die Studienbereitschaft in Deutschland.* WZB-Discussion Paper P 2011-001. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, online: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2011/p11-001.pdf> (Stand: 03.10.2011).

Verwendete Literatur:

Dwenger, Nadja/Storck, Johanna/Wrohlich, Katharina (2009): *Do Tuition Fees Affect the Mobility of University Applicants? Evidence from a Natural Experiment.* IZA Discussion Paper 4421. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.

Heine, Cristoph/Quast, Heiko/Spangenberg, Heike (2008): *Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien.* HIS: Forum Hochschule 15/2008. Hannover: Hochschul-Informationssystem.

Hübner, Malte (2009): *Educational Federalism: Do Tuition Fees Improve Quality and the Number of Students?* CDSE Discussion Paper Nr. 67. Mannheim: Universität Mannheim.

Impressum

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Social Science Research Center
Berlin

Herausgeberin:
Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

Redaktion:
Dr. Paul Stoop
Andrea Lietz-Schneider

Produktion:
Ingeborg Weik-Kornecki

Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Telefon +49 (30) 25491-0
Telefax +49 (30) 25491-684

wzb@wzb.eu
www.wzb.eu

Fußnote

¹ Für die eingeschätzte Erfolgswahrscheinlichkeit fehlen aus unserer Sicht angemessene Fragen an die Studienberechtigten.